

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 15/1647 –

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente**

b) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 15/1646 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über
internationale Patentübereinkommen**

A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluss der Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation das Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente gezeichnet. Das Übereinkommen bezweckt eine Kostensenkung im Zusammenhang mit Übersetzungen europäischer Patente. Mit dem vorliegenden Zustimmungsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung geschaffen werden.

B. Lösung

a) Das Gesetz regelt die Zustimmung zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente. Bei dem Gesetz handelt es sich um ein Vertragsgesetz nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Die inhaltlich verbindlichen Vorgaben des Übereinkommens sollen durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen umgesetzt werden.

b) Artikel II § 3 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen wird aufgehoben. Damit entfällt das Erfordernis einer Übersetzung der vollständi-

gen Patentschrift in die deutsche Sprache. Unberührt davon bleiben die Übersetzung der Patentansprüche nach Artikel 14 Abs. 7 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente und die Übersetzung im Fall von Streitigkeiten über ein europäisches Patent.

Einstimmige Annahme der Gesetzentwürfe**C. Alternativen**

Beibehaltung der bisherigen Regelung.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf – Drucksache 15/1647 – unverändert anzunehmen,
- b) den Gesetzentwurf – Drucksache 15/1646 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 5. November 2003

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim)
Vorsitzender

Dirk Manzewski
Berichterstatter

Dr. Günter Krings
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

Rainer Funke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dirk Manzewski, Dr. Günter Krings, Jerzy Montag und Rainer Funke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Gesetzentwürfe auf Drucksachen 15/1646 und 15/1647 in seiner 66. Sitzung vom 16. Oktober 2003 in erster Lesung beraten und jeweils zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Vorlagen in seiner 38. Sitzung am 5. November 2003 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme der Gesetzentwürfe zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 21. Sitzung am 5. November 2003 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme der Gesetzentwürfe zu empfehlen.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Der Rechtsausschuss hat die Vorlagen in seiner 29. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten. Der Ausschuss hat vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse einstimmig beschlossen, die Annahme der Gesetzentwürfe auf Drucksachen 15/1647 und 15/1646 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die Aufhebung des Übersetzungserfordernisses europäischer Patentschriften betreffe auch die deutsche Sprache. Positiv sei jedoch zu vermerken, dass zum einen Deutsch als Amtssprache der Europäischen Patentorganisation hinsichtlich des Übersetzungserfordernisses von Patentansprüchen unberührt geblieben sei und zum anderen aufgrund der Gesetzänderung eine Kostenreduzierung von über 50 Prozent zu erwarten sei. Damit könne ein vernünftiger Beitrag zur Reform des europäischen Patentsystems geleistet werden, der schließlich dem einzelnen Erfinder und der innovativen Industrie zu Gute käme.

Die **Fraktion der SPD** schloss sich diesen Ausführungen an und plädierte für die Annahme der Gesetzentwürfe.

Berlin, den 5. November 2003

Dirk Manzewski
Berichtersteller

Dr. Günter Krings
Berichtersteller

Jerzy Montag
Berichtersteller

Rainer Funke
Berichtersteller